

Antrag: Neue Wege in der Drogenpolitik - Legalisierung von weichen Drogen

Antragsteller: BeKo 2002

Strafandrohung, Strafverfolgung und Strafvollstreckung sind bis dato ein unverzichtbarer Teil der Suchtbekämpfung.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass dieses Vergehen keine Verbesserung gebracht hat, deswegen wurde eine personelle Verstärkung eingeleitet. Das Resultat: Momentan befinden sich 3-4 mal mehr DrogenkonsumentInnen und Abhängige in Justizvollzugsanstalten als in Therapieeinrichtungen. 60% aller Verfolgungsmaßnahmen und ebenso viele aller Betäubungsmittelverfahren erstrecken sich auf geringe Mengen Cannabis. Ungefähr 30000 Kiffer wurden mit geringen Mengen Hasch erwischt, was eine strafrechtliche Verfolgung mit sich führte.

Da stellt sich natürlich die Frage, ob die justizielle Behandlung nicht größeren psychischen Schaden als der Cannabis-Abusus mit sich führt. Prohibitionspolitik hat Drogen illegal und somit auch ihren Erwerb und Besitz unter Strafe gestellt und die Ware auf Schwarzmärkten - in Relation zu legal besteuerten Drogen- teuer werden lassen. Dies zwingt den Abhängigen zur Beschaffungskriminalität. KonsumentInnen haben gar keine Möglichkeit der Kriminalisierung zu entgehen. Er verstößt gegen das BtGM durch Besitz und Erwerb und er muss sich auf Grund der hohen Preise illegal Geld beschaffen.

Dadurch wird er in ein kriminelles Milieu abgedrängt und mehr und mehr aus seinem sozialen Gefüge gedrängt.

Die Folgen sind:

- Entstehung einer strukturierten Drogenszene
- Zunehmende Kriminalisierung der Drogenverbraucher und darüber hinaus Stigmatisierung der Abhängigen
- unkontrollierbare Beschaffungskriminalität
- sie hat bisher mehr die Konsumentinnen und weniger die Anbieter getroffen

Wenn man sich überlegt, dass die Anzahl der Abhängigen von Psychopharmaka, Schlaf- und Beruhigungsmitteln sowie Aufputzmitteln, die in unmittelbaren und langfristigen Wirkungen, den sog. Harten, illegalen Drogen gleichen, in der BRD 10 mal so hoch ist, wie die Zahl der KonsumentInnen harter Drogen muss einen dies zum Nachdenken bringen. Viele dieser Medikamente sind rezeptfrei zu erstehen, wogegen Regierung und Drogenmafia alles tun um eine Legalisierung harter Drogen zu tabuisieren.

Deutschen Pharmaziekonzernen sollte die Produktion und der Export der Ausgangsstoffe für die Herstellung von Kokain und anderen Drogen verboten werden.

Nicht mehr die Drogen dürfen im Mittelpunkt stehen, sondern die Menschen, die mit ihnen zu tun haben, anstatt sie nur als „Opfer“ oder „Dealer“ zu kategorisieren.

Wir fordern eine Wende in der Drogenpolitik

- Es muss eine Entkriminalisierung des Konsums stattfinden. Niemand darf wegen seiner Drogennahme bestraft oder verfolgt werden
- Haschisch und Marihuana müssen legalisiert werden.
- Momentan besteht nur die Möglichkeit es beim Dealer zu kaufen, wodurch Kontakt zur Szene entsteht und die Wahrscheinlichkeit zum Griff nach härteren Drogen erhöht wird.
- Bundesweite Abgabe (auch ambulant) der Ersatzdroge Methadon. Die Zugangsschranken für Methadonprogramme sollten drastisch gesenkt werden
- Therapien sind als ein Weg aus der Sucht zu begreifen und müssen immer auf freiwilliger Basis der Betroffenen geschehen
- Abhängige, die an keiner Substitution teilnehmen können oder wollen, sollten die Originalpräparate unter ärztlicher Kontrolle erhalten.

Die Drogenmafia fürchtet um ihre Existenz durch einen freien, möglicherweise kontrollierten Markt.

Wenn man z. B. Heroin für nur 20 Mark in der Apotheke verkaufen würde, müsste kein Abhängiger stehlen, sich prostituieren oder dealen.

Und die Drogenmafia könnte ihre Preise nicht halten.

Außerdem wäre dieses Heroin „sauber“ und nicht mit irgendwelchen anderen Substanzen gestreckt, wie auf dem Schwarzmarkt.

- Die Erforschung der Thematik „Frauen und Drogen“ ist zu intensivieren; frauenspezifische Angebote der Beratung, Hilfe und Therapie (unter Berücksichtigung von Aids-Erkrankungen und Schwangerschaften) sind zu entwickeln

Einrichtung von Fixerstuben und Ausgabe von sterilen Spritzbestecken als lebenserhaltende Maßnahme für intravenös Abhängige und von Clearing-Stellen zur Analyse der Straßendrogen dies führt zu:

- Einer Reduzierung des Infektionsrisikos; es kann sofortige Hilfe bei Überdosierung geleistet werden, gleichzeitig kann eine Vermittlung von Techniken des Safer-Use statt finden. Wundinfektionen und Abszesse können vor Ort behandelt werden.

Zudem fordern wir die Einführung einer Drogenaufklärung in der Schule unter Abwesenheit der Lehrkräfte, um Hemmungen für die Schülerinnen abzubauen und gezielt mittels ausgebildeten Fachkräften zu informieren.

Weiterhin ist ein Werbeverbot für Alkohol und Tabakwaren sowie das Verbot des Automatenverkaufs für Tabakwaren erforderlich um eine konsequente Drogenpolitik abzurunden.